

Antrag 03/II/2022**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt bei Annahme Leitantrag (Konsens)****Dann müssen wir es eben machen: Wirksame Entlastungen auf Landesebene**

1 Die am 04. September 2022 vorgestellten Eckpunkte zum
2 dritten Entlastungspaket werden nicht ausreichen, um
3 in den kommenden Monaten entstehende bzw. sich noch
4 verschärfende Härten zu verhindern. Die durchschnitt-
5 lichen absoluten Beträge der "Entlastung" übersteigen
6 aufs Jahr gerechnet kaum die bereits jetzt entstandenen
7 Mehrkosten für Strom und Heizung der Berliner Haushal-
8 te. So reicht dieses Paket bei weitem nicht aus, um die Aus-
9 wirkungen der Energiekrise zu mildern, geschweige denn
10 Menschen zu entlasten.

11
12 Das Eckpunktepapier stellt zu Beginn den angeblich "be-
13 grenzten finanzielle Spielraum des Bundeshaltshaushal-
14 tes" fest. Darüber hinaus werden die ohnehin schon en-
15 gen finanziellen Spielräume der Länder weiter beschnit-
16 ten, indem ihnen ein Teil der Ausgaben für das Paket auf-
17 erlegt werden. An der derzeit wegen der Pandemie noch
18 ausgesetzten Schuldenbremse wird ab Januar wieder aus-
19 nahmslos festgehalten. Folglich sind vonseiten des Bun-
20 des zunächst keine weiteren Maßnahmen zu erwarten.
21 Angesichts von Milliardenausgaben für Banken und Un-
22 ternehmen in vergangenen Krisen oder vor kurzem erst
23 für die Bundeswehr erscheint diese Haltung falsch.

24
25 Die Schuldenbremse schränkt die Handlungsfreiheit der
26 demokratisch gewählten Landesparlamente immens ein,
27 da im Gegensatz zum Bund der Landeshaushalt grund-
28 sätzlich ohne Kredite zu gestalten ist. In einer Situation
29 wie der Gegenwärtigen, darf eine auf ökonomisch zweif-
30 elhaften Annahmen aufbauende Regel nicht den Zusam-
31 menhalt der Gemeinschaft und das Vertrauen in den Staat
32 untergraben.

33
34 Wir begrüßen daher die Initiative Berlins zur Fortfüh-
35 rung des 9-Euro-Tickets auf Landesebene. Bezahlbare öf-
36 fentliche Mobilitätsangebote entlasten Haushalte spür-
37 bar und dämpfen dadurch die Inflation. Bestehende Ange-
38 bote müssen ausgebaut und zusätzliche geschaffen wer-
39 den.

40
41 Derzeit erhöhen Vermieter*innen die Betriebskostenvor-
42 auszahlung in Mietwohnungen um ein Vielfaches. Maß-
43 nahmen wie die Energiepauschale und Heizkostenzu-
44 schüsse werden diese Mehrkosten nur für einen sehr be-
45 grenzten Zeitraum und nur eine begrenzte Anzahl an
46 Haushalten entlasten abfangen. Anstatt einen Kündi-
47 gungsschutz zu schaffen, verweist das Papier auf Re-
48 gelung des "sozialen Mietrechts", um Obdachlosigkeit

49 aufgrund geschuldeter Mietzahlung zu verhindern. Al-
50 lerdings kann bei fristlosen Kündigungen wegen Zah-
51 lungsrückstandes kein Härtefall geltend gemacht werden.
52 Berlin muss deshalb unbürokratisch verhindern, dass es
53 aufgrund von Energiearmut zu Kündigungen und Räu-
54 mungen in die Obdachlosigkeit kommen wird. Dazu sind
55 auch die landesrechtlichen Kompetenzen der Wohnungs-
56 gesetzgebung auszureizen, beispielsweise indem Bele-
57 gungsrechte gegenüber großen Immobilienunternehmen
58 auf gesetzlicher Grundlage durchgesetzt werden. Da es an
59 erschwinglichen Wohnungen mangelt, muss das Land alle
60 Möglichkeiten ausschöpfen, um im gebotenen Fall Ersatz-
61 wohnraum bereitstellen zu können.

62

63 Sparen in der Krise! Das war und ist immer der grund-
64 falsche Weg. Umso bedenklicher das insbesondere der
65 Bundesfinanzminister diesen als "Kurs halten" bezeich-
66 net. Berlin muss in der Krise seiner Wirtschaft umfang-
67 reich unter die Arme greifen und durch öffentliche Inves-
68 titionen die Arbeit und damit die Existenzgrundlage von
69 Millionen Berliner*innen sichern.

70

71 Wir fordern daher:

72

- 73 • Das Abgeordnetenhaus stellt im Rahmen eines
74 Nachtragshaushalts eine „außergewöhnliche Notsi-
75 tuation, die sich der Kontrolle des Landes entzieht“
76 nach § 18 der Landeshaushaltsordnung fest, um zu-
77 sätzlichen finanziellen Spielraum bei der Bewälti-
78 gung der gegenwärtigen Krisen zu schaffen. Dabei
79 ist der Tilgungszeitraum etwaiger Kreditermächti-
80 gungen möglichst langfristig auszugestalten.
- 81 • Die Schaffung weiterer umfassender, öffentlicher
82 Mobilitätsangebote, darunter:
 - 83 – Die Reaktivierung ehemaliger und Einrichtung
84 neuer Pop-Up-Radwege auf neuer gesetzlicher
85 Grundlage
 - 86 – Die Förderung eines gemeinwohlorientierten
87 Lastenradverleihs
 - 88 – Ein am „BerlKönig“ angelehntes Konzept für
89 Rufbusse in den Außenbezirken und schlecht
90 angebundenen Teilen der Innenstadt, der weit-
91 gehend mit dem normalen BVG-Tarif nutzbar
92 ist.
- 93 • Das Land schafft kurzfristig technisch wie personell
94 ausreichend ausgestattete Anlaufstellen für Berli-
95 ner*innen, die aufgrund steigender Energiekosten
96 vor Problemen stehen. Diese:
 - 97 – Koordinieren die effektive Inanspruchnahme
98 von staatlichen Hilfeleistungen, wie z.B. den
99 zusätzlichen Heizkostenzuschuss beim Wohn-
100 geld.
 - 101 – Gewährleisten in Zusammenarbeit mit den Be-

- 102 hören, die kurzfristige (Teil-)auszahlung von
103 Leistungen, auch wenn z.B. nur eine vorläufige
104 Prüfung von Anträgen innerhalb der gebotenen
105 Zeit möglich ist.
- 106 – Schaffung einer spezialgesetzlichen Grundlage zur Ermöglichung krisenbedingter Wohnungseinweisungen
 - 107
 - 108
 - 109 – Unterstützen auch innerhalb bestehender Strukturen (Wohnungsbündnis) die Vermittlung von Ersatzwohnraum, wenn eine Kündigung nicht abwendbar oder Mietzahlungen nicht nachhaltig zu stemmen sein werden. Bei Misserfolg werden Bescheinigung zwecks Nachweises der unbilligen Härte einer Kündigung erteilt.
 - 110
 - 111
 - 112
 - 113
 - 114
 - 115
 - 116
 - 117 – Das Land schafft aus dem Nachtragshaushalt Soforthilfeprogramme, sowohl für private Haushalte als auch für wirtschaftliche Unternehmen, angelehnt an die Coronahilfen
 - 118
 - 119
 - 120
 - 121 – Bewirtschaften leerstehende und ausschließlich kurzzeitig vermietete Wohnungen, um günstigen Ersatzwohnraum bereitstellen zu können. Die weitergehende Überführung in Gemeineigentum ist dabei zu prüfen.
 - 122
 - 123
 - 124
 - 125
 - 126 • Zur Stärkung der Berliner Wirtschaft, legt das Land ein umfangreiches Investitionsprogramm auf. Dieses unterstützt insbesondere Unternehmen in den Bereichen der erneuerbaren Energien. Die zügige Verwirklichung des Berliner Solargesetzes wird ebenfalls besonders gefördert.
 - 127
 - 128
 - 129
 - 130
 - 131
 - 132 • Des Weiteren fordern wir vom Land, sich für eine Nachbesserung bzw. weitere Entlastungen einzusetzen.“
 - 133
 - 134
 - 135 • Die Prüfung einer landesrechtlichen Ergänzungsabgabe, um Krisenprofiteur*innen an den Kosten zu beteiligen und der sich weiter verschärfenden Ungleichheit etwas entgegenzusetzen.
 - 136
 - 137
 - 138
 - 139 • Das Land prüft, wie in diesem Zusammenhang aufkommende, personelle Engpässe kurzfristige auch durch die vergütete Einbindung der Zivilgesellschaft überbrückt werden können.
 - 140
 - 141
 - 142
 - 143